

Herausgeber

Prof. Dr. **Michael Brzoska**,
Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik an der
Universität Hamburg (IFSH)

Dr. Volker Franke, Bonn Inter-
national Center for Conversion
(BICC)

Prof. Dr. **Heiner Hänggi**,
Genfer Zentrum für die
demokratische Kontrolle der
Streitkräfte (DCAF), Genf

Kapitän zur See **Heinz-Dieter
Jopp**, Führungsakademie der
Bundeswehr, Hamburg

Andreas Prüfert, European
Consulting, München

Schriftleitung

Prof. Dr. **Michael Brzoska**

Redaktion

Dr. Patricia Schneider

(V.i.S.d.P.), IFSH

Susanne Bund

Sybille Reinke de Buitrago

Beirat

Dr. Alyson J.K. Bailes,
University of Iceland, Reykjavik

Dr. Detlef Bald, München

Prof. Dr. **Joachim Betz**, GIGA,
Institut für Asienstudien,
Hamburg

Prof. Dr. **Hans-Peter Dürr**, Träger
des Alternativen Nobelpreises,
München

Prof. Dr. **Pál Dunay**, Genfer Zen-
trum für Sicherheitspolitik (GCSP)

Prof. Dr. **Wolfgang Gessenharter**,
Hamburg

Prof. Dr. **Hans J. Giessmann**,
Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik an der
Universität Hamburg (IFSH)

Dr. Sabine Jaberg, Führungsaka-
demie der Bundeswehr, Hamburg

Prof. Dr. **Charles A. Kupchan**,
Georgetown University,
Washington, D.C.

Dr. Martin Kutz, Hamburg

Dr. Krzysztof Ruchniewicz,
Willy-Brandt-Zentrum für Kon-
struktive Konfliktbearbeitung,
Wrocław

Prof. Dr. **Susanne Feske**,
Universität Münster

Dr. Martina Fischer, Berghof
Forschungszentrum für Kon-
struktive Konfliktbearbeitung,
Berlin

Prof. Dr. **Sabine von Schorle-
mer**, TU Dresden

Bates Gil, PhD, SIPRI, Stock-
holm

Prof. **Ljubica Jelusic**, Universität
Ljubljana, Slowenien

THEMENSCHWERPUNKT

Kann die neue amerikanische Administration Hegemo-
nie provozieren?

Nach George W. Bush zeichnet sich ein neuer außenpolitischer Konsens ab

Thomas Jäger*

Abstract: The article aims to inform about the international role that the United States may play in the coming years. The form that the American role will take is of significance for all other states. A redefinition of the U.S. role and policy is likely after George W. Bush leaves office. A new president may set a different agenda. The article contrasts the different positions of the presidential candidates on various international issues. However, it is suggested that the U.S. will aim for a hegemonic position in the world. The impact of the future American policy on German foreign policy is examined.

Keywords: U.S. Foreign Policy, Presidential Candidates, Hegemony, International Relations, Impact on Germany

1. Einleitung

Welche Rollen die USA in den internationalen Beziehungen einnehmen wollen, wie sie ihre außenpolitische Orientierung und ihr Selbstverständnis definieren und welche Richtlinien zur Umsetzung dieser Ausrichtung in außenpolitische Handlungen seitens der politischen Führung vorgegeben werden, ist für alle anderen Staaten von großer Bedeutung. Dies ist darin begründet, dass die USA auf allen Gebieten – militärisch, wirtschaftlich und kulturell – und in jeder Definitionsform von Macht derzeit alle anderen Staaten offensichtlich überragen. So veranschaulicht eine Analyse der Stellung der USA in den internationalen Beziehungen und deren Ausgestaltung in internationalen Rollen den Rahmen, in dem der Handlungsspielraum anderer Staaten

mit definiert wird, innerhalb dessen also die unterschiedlichen Interessen realisiert werden können. Dies stellt einen wichtigen Faktor der externen Restriktionen für deren außenpolitisches Verhalten dar.¹

Insofern ist von großer politischer Bedeutung und bedarf einer engen Beobachtung, wenn, wie derzeit, in den USA ein Wechsel der politischen Führung ansteht und die neue Exekutive darüber hinaus auf innere Restriktionen, insbesondere die

* Prof. Dr., Lehrstuhl für internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln.

¹ Zur Analyse der externen Restriktionen vgl. Thomas Jäger/Rasmus Beckmann: Die internationalen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik, in: Thomas Jäger/Alexander Höse/Kai Oppermann (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2007, S. 13-39.

öffentliche Meinung, Rücksicht nehmen muss, die der bisherigen Regierung, da sie nicht mehr zur Wahl stehen konnte, weniger Berücksichtigung Wert war. Aus dem letztgenannten Grund könnte man, um die Konturen der zukünftigen amerikanischen Außenpolitik zu analysieren, begründet auf eine breite Analyse der öffentlichen Meinung zurückgreifen. Doch scheint dies, angesichts der seit Monaten ausgelösten Bewegung unter dem Label *change* und in Anbetracht der Tatsache, dass in dieser Folge die meinungspolitischen Top-down-Steuerungspotenziale erneut deutlich zutage traten, der zweitbeste Weg zu sein. Sinnvoller erscheint mir, die grundsätzlichen Positionen der Kandidaten zu analysieren, um hieraus zu erkennen, welche Schwerpunkte sie setzen, in welcher aktuellen Position sie die USA sehen und welchen zukünftigen Weg sie postulieren, und darauf aufbauend schlussfolgernd zu betrachten, auf welche Herausforderungen die deutsche Außenpolitik sich einstellen sollte. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass diese Wahlkampfspositionen, bevor sie Regierungspolitik werden können, im eisernen Dreieck von Kongress, Lobby und Bürokratie eine veränderte Gestalt erfahren werden. Doch sind gerade in der Außenpolitik die Grundüberzeugungen und Interpretationsmuster der politischen Führung von höherer Relevanz, als dies etwa für die innenpolitischen Vorhaben gilt.

2. Hegemon oder Imperium?

Die USA sind weder eine hegemoniale noch eine imperiale Macht, sondern schlicht der dominante Staat in den internationalen Beziehungen. Sie definieren ihre internationale Stellung also nicht über eine soziale Ordnung (Hegemonie oder Imperialismus, sei er nun bössartig oder wohlmeinend, worüber sich die heimischen Beobachter derzeit normativ streiten), sondern über ihre machtpolitisch herausgehobene Stellung. Das führt dazu, dass Richtung und Bedeutung der amerikanischen Außenpolitik in jeder Situation neu eingeschätzt werden müssen und die Erwartungssicherheit bei den anderen Staaten und auch den transnationalen Akteuren relativ gering ist. Zur viel beschriebenen Unübersichtlichkeit in den internationalen Beziehungen trägt dies wesentlich bei.

Es ist den USA nämlich nicht gelungen, im Anschluss an den Ost-West-Konflikt ihre darin im Westen eingenommene hegemoniale Stellung gegenüber weiteren Staaten zu festigen. Sie haben dies auf unterschiedlichen Wegen unter den Präsidenten Bush senior und Clinton versucht, allerdings mit mäßigem Erfolg.² Das Gegenteil trat ein. Die USA haben ihre hegemoniale Stellung im Verlauf der letzten 15 Jahre in der westlichen Welt weitgehend eingebüßt, wenn auch vielleicht nur vorläufig.

Hegemonie ist eine soziale Formation, die zwischen einem Führungsstaat und anderen Staaten besteht, wobei diese durch die Anerkennung der Führung durch jenen Staat die Beziehungen definieren. Ein Führungsstaat kann sich deshalb nicht selbst zum Hegemon erklären, er wird erst durch die seiner Politik folgenden Staaten hierzu. Das bedeutet, dass die Ausübung der Führung, rationale Akteure vorausgesetzt, Vorteile für diejenigen Staaten bedeuten muss, die sich dieser anschließen

sollen. Konkret heißt dies, dass der Hegemon zwar die Agenda der internationalen Politik bestimmt, dabei aber auf die Themenwünsche der übrigen Staaten Rücksicht nehmen muss, weil er anderenfalls deren Zustimmung verliert. Dasselbe gilt hinsichtlich der Lösungsansätze für die definierten internationalen Probleme. Um das zentrale Beispiel der letzten Jahre zu nennen: Der amerikanischen Führung ist es außerhalb der USA nie gelungen, das politische Regime Saddam Husseins als zentrale internationale Herausforderung im Kampf gegen den Terrorismus zu platzieren und überdies scheiterte sie daran, für ihre Form der Problemlösung Gefolgschaft zu finden.³ Diejenigen Staaten, die der dominanten Macht die Partizipation verweigerten, definierten sich dadurch, dass zwischen ihnen und den USA kein hegemoniales Verhältnis besteht. Die Reihe der internationalen Fragen, in denen die USA eine nicht-hegemoniale Rolle einnahmen, ließe sich erweitern, so beispielsweise auf die Klimapolitik, die Nichtverbreitungspolitik und Vereinbarungen rechtlicher Normen und Verfahren. Diese nicht-hegemoniale Position liegt paradoxerweise in den Machtpotenzialen begründet, aus denen die amerikanische Regierung schöpfen konnte. Sie war, um ihre politischen Vorstellungen zu implementieren, eben nicht auf Koalitionen angewiesen. Das galt allerdings schon unter Clinton. Unter Präsident George W. Bush strebte sie diese dann nicht mehr dringlich an.

Die USA sind aber auch keine imperiale Macht. Es existiert eine Reihe von Imperialismusdefinitionen und die Forschungen haben in den letzten Jahren aus sehr unterschiedlichen Richtungen wieder zugenommen. Auslöser hierfür war die überragende Stellung der USA im internationalen System und der Versuch, diese Positionierung über den anderen Staaten analytisch zu fassen. Ohne in die Tiefe dieser Auseinandersetzung zu gehen, soll unter Imperialismus hier eine soziale Beziehung zwischen einem Staat und anderen Staaten oder Gesellschaften verstanden werden, in der dieser Staat zur quasi-autoritativen Zuteilung von Werten in der Lage ist. Quasi-autoritativ bedeutet dabei, dass der imperiale Staat nicht in der Lage ist, gegenüber den anderen Staaten „Gesetze“ zu erlassen, wie es eine autoritative Zuteilung erfordern würde, dass seine über Machtasymmetrien exekutierte Autorität oder Gewalt aber dergestalt ist, dass sie quasi wie ein Gesetz wirkt. Die unterlegenen Staaten und Gesellschaften können sich dann nur durch deviantes Verhalten und zu hohen Kosten diesem Druck entziehen, das aber vom imperialen Staat als solches erkannt und bestraft werden kann.

Eine solche Position nehmen die USA jedoch ebenfalls nicht ein. Man könnte zwar argumentieren, dass sich einige Staaten *deviant* verhalten, doch geschieht dies nicht allein in Bezug auf den angeblichen imperialistischen Staat, sondern zumeist aus Gründen der Regimebewahrung gegenüber der eigenen Bevölkerung. Darüber hinaus sind Mittelmächte sehr wohl in der Lage, sich dem amerikanischen Druck zu entziehen, ohne dass dieses von den USA als ordnungspolitisch *deviant* etikettiert

2 P. Edward Halay: *Strategies of Dominance. The Misdirection of U.S. Foreign Policy*, Baltimore, The Johns Hopkins University Press, 2006.

3 Thomas Jäger/Henrike Viehriq: *Gesellschaftliche Bedrohungswahrnehmungen und Elitekonsens: Eine Analyse der europäischen Haltungen zum Irakkrieg 2003*, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik, Köln 1/2005; Thomas Jäger/Henrike Viehriq (Hrsg): *Die amerikanische Regierung gegen die Weltöffentlichkeit? Theoretische und empirische Analysen der Public Diplomacy zum Irakkrieg*, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.

werden kann. Die Häufigkeit, mit der andere Staaten gegenüber Forderungen der USA ohne sanktionierende Konsequenzen „nein“ sagen können, dokumentiert, dass keine imperiale Beziehung besteht.

Wenn aber die Beziehungen der USA zu den anderen handlungsfähigen Staaten im internationalen System keine feste soziale Beziehung aufweist, stellt sich diesen angesichts der überragenden Bedeutung der dominanten Macht als Faktor der externen Restriktionen die Frage, wie die USA die internationale Ordnung jeweils sehen und was sie in der konkreten Situation mit ihren dominanten Handlungsfähigkeiten bewegen wollen. Diese Frage stellt sich im amerikanischen Vorwahlkampf auch allen Kandidaten, die mit Blick auf ihre jeweilige segmentäre Wählerschaft die Bandbreite der unterschiedlichen Positionen abdecken müssen. Die Unterschiedlichkeit oder Deckungsgleichheit der Wahlkampfpositionen verschiedener Kandidaten sagt also viel über das außenpolitische Selbstverständnis der politischen Klasse vor dem Hintergrund der wahrgenommenen Einstellungen der öffentlichen Meinung aus.

3. Das außenpolitische Selbstverständnis im amerikanischen Vorwahlkampf

Gewöhnlich spielte Außenpolitik in amerikanischen Wahlkämpfen eine eher nachgeordnete Rolle. Dies ist seit dem 11. September 2001 anders. Die letzten Präsidentschafts- und Kongresswahlen wurden durch außenpolitische Themen entschieden, in die der Wettstreit über die Wertschätzung des Amerikanismus eingewebt wurde. Zwar hat es derzeit den Anschein, dass im Zuge der Rezessionsbefürchtungen wirtschafts- und sozialpolitische Fragen wieder in den Vordergrund gestellt werden, doch bleiben außenpolitische Themen im Jahr 2008 weiterhin relativ hoch auf der Agenda der öffentlichen Meinung. Der Irakkrieg, der Kampf gegen den Terrorismus, der Umgang mit regionalen Konflikten, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, die Klimapolitik, der Umgang mit Russland und China sowie andere Fragen mehr spielen in der politischen Auseinandersetzung seit Mitte 2007 deshalb auch eine bedeutende Rolle.

Nun wäre es unbedacht anzunehmen, die programmatischen Äußerungen einzelner Kandidaten würden eine präzise Vorstellung ihrer späteren Handlungen ausweisen.⁴ Präsident Bush beispielsweise startete 2001 mit einem Programm, das *nation-building* ablehnte und den Einsatz amerikanischer Streitkräfte minimieren wollte – und dann kam alles anders. Nicht nur der äußeren Ereignisse wegen, die keiner Kontrolle unterliegen, sondern auch der bürokratischen Prozesse wegen, auf die später noch zurückzukommen sein wird, ist sehr große Vorsicht bei der Interpretation angesagt. Betrachtet man allerdings die Gesamtheit der außenpolitischen Äußerungen der Kandidaten im Vorwahlkampf kann sich jedoch ein Eindruck ergeben, wie die politische Elite der USA insgesamt die internationale Ordnung und die eigene Rolle darin bewertet und welche Schwerpunkte

sie für die amerikanische Außenpolitik legen möchte. Darüber hinaus wird deutlich, in welcher thematischen Bandbreite innere Restriktionen seitens der öffentlichen Meinung, der Parteipositionen und der engeren Unterstützerzirkel reflektiert und in kommunizierbare Positionen transformiert werden. Es wird sich bei einer Analyse wichtiger Kandidatenpositionen zeigen, ob es hierbei eine große Übereinstimmung gibt, oder ob unterschiedliche Interpretationen der internationalen Ordnung formuliert werden.⁵ Dass auch diejenigen Kandidaten berücksichtigt werden, die im Vorwahlkampf ausgeschieden sind, hat methodische Gründe. Denn erstens ist zu Beginn eines Vorwahlkampfes nie ganz abzusehen, welche Kandidaten Erfolg haben, siehe John McCain; zweitens haben alle Kandidaten außenpolitische Positionen eingenommen, die den Erwartungen ihrer jeweils anvisierten Wählerschaft entsprechen sollen; und drittens bezeichnen sie nur im Gesamten die Breite des außenpolitischen Meinungsspektrums.

Bei dieser Analyse konzentriere ich mich im Folgenden auf die Interpretation der internationalen Ordnung im sicherheitspolitischen Politiksegment, auf die Definition von Bedrohungen und Hinweise auf die formulierten Handlungsweisen, diesen zu begegnen. Auf dem anderen Feld, der Wirtschaft, haben sich zwischen den beiden Kandidaten im Wahlkampf drastische Meinungsunterschiede gezeigt, wobei protektionistische Maßnahmen und eine Abschwächung des Freihandels seitens der Kandidaten beider Parteien gefordert wurden – bis hin zur angeordneten Kündigung der NAFTA auf Seiten der demokratischen Kandidaten. Dieses Politikfeld scheint also kontroverser, wurde gleichwohl im Weiteren ausgespart und zwar aus zwei Gründen: Erstens sind Forderungen zum Schutz der einheimischen Wirtschaft in Wahlkämpfen wohlfeil⁶ und deshalb üblich und sie wurden von Edwards bis Huckabee populär verkündet. Das zieht andere Kandidaten mit. Gleichwohl, wie insbesondere die Affäre um Austan D. Goolsbee⁷ verdeutlicht hat, wird im Bereich des Protektionismus zweitens nichts so heißt gegessen, wie es im Wahlkampf gekocht wurde, nicht zuletzt, weil sich im eisernen Dreieck der Politikimplementation im Bereich der Ökonomie besonders wirkungskräftige Akteure außerhalb der Bürokratie zu Wort melden. Auf Seiten der demokratischen Partei stellt sich das Problem sogar verschärft, weil gerade die

5 Die folgenden Ausführungen basieren auf einer intensiven Beobachtung der politischen Auseinandersetzungen im amerikanischen Vorwahlkampf und den dort formulierten Positionen der Kandidaten. Dabei ist es immer schwierig zu ermitteln, welche Aussagen zur jeweils aktuellen wählerorientierten Feinstimmung eingesetzt werden und welche die Grundlagen der außenpolitischen Orientierung formulieren. Darüber hinaus haben die Kandidaten ihre Positionen in Foreign Affairs seit Mitte 2007 dargelegt, Mitt Romney: *Rising to a New Generation of Global Challenges* (July/August 2007); Barack Obama: *Renewing American Leadership* (July/August 2007); John Edwards: *Reengaging With the World. A Return to Moral Leadership* (September/October 2007); Rudolph W. Giuliani: *Toward a Realistic Peace. Defending Civilization and Defeating Terrorists by Making the International System Work* (September/October 2007); John McCain: *An Enduring Peace Built on Freedom. Securing America's Future* (November/December 2007); Hillary Rodham Clinton: *Security and Opportunity for the Twenty-first Century* (November/December 2007); Mike Huckabee: *America's Priorities in the War on Terror. Islamists, Iraq, Iran, and Pakistan* (January/February 2008).

6 Instruktiv die Darstellung bei James Moore und Wayne Slater: *Bush's Brain. How Karl Rove Made George W. Bush Presidential*, Hoboken, New Jersey, John Wiley & Sons, 2003, S. 294f., 299.

7 Bonnie Goldstein: *Canada's Obama NAFTA Memo*, in: *Slate Magazin* 4.3.2008, unter <http://www.slate.com/id/2185753> (Zugriff 18.3.2008). Die Formulierung im Protokoll lautete: "more reflective of political maneuvering than policy." Vgl. Julie Bosman: *Obama Campaign Says Clinton Misrepresented Her Support for Nafta*. *The New York Times*, 21.3.2008, unter: <http://www.nytimes.com/2008/03/21/us/politics/21nafta.html?ref=politics> (Zugriff 22.3.2008).

4 Das wurde in vielfältigen Aufspürungen von Differenzen zwischen eingenommenen Positionen im Wahlkampf und der parallelen Kommunikation erwarteter Regierungspositionen deutlich, beispielsweise in der Kampagne von Barack Obama zu den Themen NAFTA und Irak.

Öffnung zu einer Freihandelspolitik die Wählerkoalition für Bill Clinton zusammenbrachte – und es mithin aufgrund der Dynamik des Wahlkampfes ein Leichtes war, Hillary Clinton auf diesem Gebiet zu stellen. Sie musste parieren und möglicherweise gestaltet sich der Wahlkampf deshalb auf dem Gebiet der Wirtschaft protektionistischer, als es die bisher eingenommenen Positionen erwarten ließen. Deshalb konzentriere ich mich im Folgenden auf Fragen der internationalen Ordnung und der Sicherheit und stelle die Positionen ausgewählter Kandidaten skizzenhaft dar.

Barack Obama sieht die Grundlagen amerikanischer Führung in den internationalen Beziehungen doppelt durch die Politik der letzten Administrationen untergraben: In den USA selbst sei das Vertrauen der Bevölkerung in die außenpolitischen Ziele und ihre normativen Grundlagen erschüttert, woraus Skepsis gegenüber internationalem Engagement resultiert; und international hat die an falschen Zielen orientierte und mit unzureichenden Mitteln ausgeführte Außenpolitik die hegemoniale Stellung der USA untergraben. Sie wiederherzustellen bedarf es eines Präsidenten, der im Innern die Menschen von der Richtigkeit der außenpolitischen Vorhaben überzeugen kann und der international die Glaubwürdigkeit der führenden Nation, im Sinne einer Art „internationalen Gemeinguts“ zu agieren, wieder herstellt.

Das ist der Grundton einer außenpolitischen Orientierung, die spezifische Herausforderungen und Gefahren bearbeiten möchte: den Frieden im Mittleren Osten durch den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak (wobei ausreichend Truppen verbleiben sollen, um amerikanische Einrichtungen zu schützen, das irakische Militär auszubilden und al Qaida schlussendlich zu vernichten)⁸; die Eindämmung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen durch die Sicherung aller gefährdeten Depots unter amerikanischer Führung weltweit; die Verhinderung iranischer Atomwaffen durch druckvolle Diplomatie, effektive Sanktionen und militärische Drohung; den Klimawandel durch internationale Kooperation. Schwache Staaten sollen wiederaufgebaut werden, unterentwickelte Staaten mehr Auslandshilfe erfahren und auf diese Weise soll auch der moralische Führungsanspruch der USA neu begründet werden. Denn die Lösung der internationalen Herausforderungen setzt multilaterale Kooperation einerseits, amerikanische Führung andererseits voraus – quasi als zwei Seiten einer Medaille.

Die USA behalten sich weiterhin unilaterale militärische Maßnahmen vor, etwa zur Verfolgung von Terroristen (auch ohne Zustimmung der Regierung in Pakistan) oder zur Sicherung amerikanischer Interessen (Beispiel: unilateraler Wiedereinmarsch in den Irak nach erfolgtem Abzug). Bestenfalls aber sollen breite Staatenkoalitionen – das Vorbild ist der zweite Golfkrieg 1991 – angestrebt werden. Um die Führungsrolle zu

substantiieren, fordert Obama die Vergrößerung der amerikanischen Streitkräfte, ihre bessere Ausrüstung und die Stärkung der Intelligence-Community. Innerhalb der NATO fordert er stärkeres Engagement der anderen Mitgliedsländer beim Aufbau von Staaten und der Bekämpfung des globalen Terrorismus, insbesondere auch ein verstärktes Engagement der NATO-Staaten im Süden Afghanistans. Die USA müssten ihre Aufmerksamkeit wieder stärker dem Kampf gegen den Terrorismus zuwenden, was konkret bedeute, amerikanische Truppen – die Rede ist von 10.000 Soldaten – vom Irak nach Afghanistan zu verlegen.

Auch für *Hillary Clinton* hat die Administration Bush die ideell und machtpolitisch begründete herausgehobene Stellung der USA in den internationalen Beziehungen gefährdet und es steht nun die Aufgabe an, diese neu zu begründen. Sie strebt ebenfalls eine hegemoniale Rolle der USA an, eingebunden in multilaterale Institutionen, diese führend und von den anderen Staaten in dieser Rolle anerkannt. Denn die Staatenwelt erwartet amerikanische Führung. Hierzu müssen die materiellen und moralischen Grundlagen amerikanischer Außenpolitik neu organisiert werden.

Die Rekonstruktion amerikanischer Glaubwürdigkeit beginnt mit einer Revision der Irakpolitik, dem Beginn eines Truppenabzugs, weil in diesem Krieg die militärische Stärke der USA untergraben wird, amerikanische Aufmerksamkeit und die Truppen von anderen Aufgaben abgehalten werden und nicht zuletzt die Bevölkerung politisch gespalten wurde. Der Truppenabzug soll verbunden sein mit einer Stabilisierung des Mittleren Ostens und einer effektiveren Bekämpfung des Terrorismus, weshalb die Anrainerstaaten des Irak und wichtige andere Staaten mittels einer diplomatischen Initiative der USA zu einer gemeinsamen Strategie in diesem Raum geführt werden sollen.

Die USA sind dann besser in der Lage, die eigentlichen Herausforderungen – den globalen Terrorismus, (mindestens) die Eindämmung des Iran, die Regionalordnung im Nahen und Mittleren Osten, die Beziehungen zu Russland und China sowie den Klimawandel – zu bewältigen. Hierzu ist es notwendig, das amerikanische Militär und die Dienste zu stärken, besser auszurüsten und personell aufzustocken. Auf diesen sicherheitspolitischen Gebieten sollen die USA verstärkte Zusammenarbeit anstreben, nicht zuletzt, um bessere Grenzkontrollen gerade in Entwicklungsländern durchzuführen. Der Iran muss an der Entwicklung von Atomwaffen gehindert werden, wobei alle Handlungsoptionen verfügbar bleiben. Die Glaubwürdigkeit der USA in dieser Politik soll durch parallele Vereinbarungen mit Russland zur Reduzierung der Nukleararsenale unterstützt werden. Auch Hillary Clinton fordert, unter Führung der USA weltweit die unsicheren Nukleardepots zu sichern. Die Politik gegenüber Russland und China soll entsprechend der jeweiligen Interessenübereinstimmung gestaltet werden, solange deren ausbleibende Demokratisierung kein anderes Verhältnis zulässt. Mit China soll ein nordostasiatisches Sicherheitsregime aufgebaut werden.

Der Klimawandel soll im Rahmen einer E8 bearbeitet werden, in der die größten Emittenden vereint sind. Die USA müssen nicht nur die wirtschaftlichen Chancen der Umwelttechnologie erkennen, sondern auch das Ziel der autarken Energieversorgung

⁸ Zu den irakpolitischen Positionen Obamas auch die Auseinandersetzung zwischen seinen Beraterinnen Samantha Power (inzwischen ausgeschieden) und Susan Rice, vgl. Gordon Lubald: On Iraq policy, next U.S. president will have to adept, in: The Christian Science Monitor, 17.3.2008, unter: <http://www.csmonitor.com/2008/0317/p01s03-uspo.htm> (Zugriff 18.3.2008). Obama veränderte seine Argumentation gegen den Irakkrieg im Laufe der Kampagne und betonte zunehmend ökonomische Aspekte, vgl. Mike Dornig: Obama highlights war's cost, in: Chicago Tribune, 20.3.2008, unter: <http://www.chicagotribune.com/news/politics/chic-032008-campaign-web21mar21,1,479525.story> (Zugriff 22.3.2008).

verfolgen. Den Raketenabwehrplänen steht Clinton hingegen kritisch gegenüber, ohne jedoch explizit zu erklären, den Aufbau dieses vernetzten Systems einstellen zu wollen.

Mit dem Ziel, die amerikanische Hegemonie über die demokratischen Staaten wieder herzustellen, entfaltet *John McCain* ein Programm, das aus Freihandel einerseits, dem Aufbau internationaler Organisationen und der Verfestigung zentraler bilateraler Beziehungen andererseits besteht. Die USA sollen insbesondere aus ihrer ökonomischen Stärke ihre ordnungspolitische Bedeutung gewinnen, weshalb Freihandelszonen im transatlantischen Raum, in Asien, Afrika und den Amerikas vereinbart werden sollen. Gleichzeitig bildet die wirtschaftliche Stärke der USA das Fundament des amerikanischen Militärs, dessen Truppen vergrößert und besser ausgerüstet werden sollen. Der Anteil des Verteidigungshaushaltes am Bruttoinlandsprodukt soll erhöht, die Transformation der Streitkräfte beschleunigt und die Verschränkung mit zivilen und polizeilichen Aufbautruppen vertieft werden.

Die zentrale ordnungspolitische Herausforderung der USA in den internationalen Beziehungen ist für McCain der internationale und islamische Terrorismus, der einerseits militärisch bekämpft werden muss, dem andererseits durch die Unterstützung moderater Kräfte in islamischen Gesellschaften und die Verstetigung von Modernisierungsprozessen die Unterstützung entzogen werden soll.

In den USA soll für den Kampf – neben der Erhöhung der Militärausgaben und der Errichtung einer zivil-militärischen Eingreiftruppe – eine neue Organisation aufgebaut werden, die Spezialisten für unkonventionelle und psychologische Kriegführung, verdeckte Aktionen und zivilen Aufbau zusammenführt.

Die moderaten Kräfte in islamischen Staaten sollen, neben wirtschaftlichen und militärischen Hilfsleistungen, insbesondere durch eine verbesserte *Public Diplomacy* unterstützt werden, die aber nicht nur in diese Gesellschaften hineinwirken, sondern das amerikanische Ansehen in der Welt überhaupt wieder aufrichten soll.

Dies soll parallel zur Reintegration der USA in wichtige internationale Organisationen erfolgen. Mehrfach betont McCain, dass die USA eine hegemoniale Stellung anstreben sollen und deshalb auch bereit sein müssen, die Begrenzungen des eigenen Handlungsspielraums durch Allianzen und internationale Organisationen zu akzeptieren. Hierbei nennt er für Asien die verstärkte Zusammenarbeit mit Australien und Indien; die Revitalisierung der transatlantischen Beziehungen und der NATO; die Reformierung der G8 durch den Ausschluss Russlands und die Aufnahme Brasiliens und Indiens; und die Gründung der Vereinten Demokratien, einer Organisation, die unterhalb der UNO – und insbesondere, wenn diese nicht handlungsfähig sein sollte –, als internationale Organisation ordnungspolitische Aufgaben übernehmen sollte.

Dazu gehören u.a. gemeinsame Politiken bezüglich des Klimawandels, des internationalen Terrorismus, der Nonproliferation und der Energiesicherheit. Wie viele andere strebt auch McCain das Ziel energiepolitischer Autarkie der USA an. Dies

gelte für die USA ebenso wie für Europa, das von Russlands Energiereserven unabhängiger werden müsse.⁹

Zur Stabilisierung der amerikanischen Stellung in den internationalen Beziehungen gehört zudem, die Kriege in Afghanistan und Irak erfolgreich zu Ende zu führen. Gespräche mit dem Iran stehen dabei nicht so hoch auf der Agenda, militärische Mittel schließt er für die Auseinandersetzung nicht aus. Andere Akteure – wie etwa Hamas – sollen weiter isoliert werden. Dafür sollten die USA die Aufgabe humanitärer Interventionen ernst nehmen und insbesondere in der sudanesischen Region Darfur mit allen Mitteln eingreifen.

Bei allen Unterschieden im Detail, die hinsichtlich bilateraler Beziehungen oder politikfeldspezifisch spürbare Auswirkungen haben können, vereint diese drei Positionen doch ein Kern der Übereinstimmung in der Forderung, durch eine Veränderung der Beziehungen der USA zu wichtigen potenziellen Verbündeten die amerikanische Hegemonie in der Gruppe der international handlungsfähigen Staaten wiederherzustellen. Hierzu zählen die europäischen und asiatischen Verbündeten. Auch das Ziel eines stabilisierten Nahen und Mittleren Ostens unter amerikanischem Einfluss ist allen drei Positionen gleich. Alle setzen darauf, die inneren Machtressourcen der USA, insbesondere das Militär und die Dienste zu stärken und das internationale Ansehen des Landes durch Public Diplomacy zu verbessern. Ein Blick auf die Positionen anderer Kandidaten verdeutlicht, dass hiermit ein breiter Konsens in der politischen Klasse der USA beschrieben ist.

Für *Mike Huckabee* ist die internationale Ordnung unipolar, aber im Gegensatz zur Administration Bush sieht er nicht in unilateralem Vorgehen, sondern in der amerikanischen Hegemonie die besten Chancen, diese Stellung zu bewahren. Im islamischen Terrorismus erkennt er den zentralen Feind der USA, ihrer Stellung in der Welt und der amerikanischen Lebensweise, weshalb die Träger dieser Herausforderung vernichtet werden müssen. Die von der Administration Bush identifizierten Unterstützerstaaten sollen hingegen eingedämmt werden, woraus sich die Forderung nach unterschiedlich ausgestalteten bilateralen Beziehungen zu Iran und Pakistan ergibt. Insbesondere dem Iran gegenüber schlägt Huckabee eine Vorgehensweise vor, die militärische Drohung als Grundlage diplomatischer Offensiven mit diplomatischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Anreizen zu verbinden. Hierzu gehört es auch, bilaterale Gespräche aufzunehmen. Der Mittlere Osten steht im Zentrum der weltpolitischen Rolle der USA; Stabilität und Demokratisierung der Region sollen gleichzeitig verfolgt werden. Dies bedeutet, die modernisierenden Kräfte der dortigen Gesellschaften zu unterstützen. Damit liegt Huckabee – auch in seinem Perspektivwechsel von einer Top-down- zu einer Bottom-up-Strategie – den europäischen Vorstellungen von Demokratisierungspolitik relativ nahe. Dies zeigt sich auch in seiner Bewertung, dass die Anstrengungen für den Staaten- aufbau erhöht werden müssen. Unabhängig hiervon sollen die Militärausgaben auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht und ein globaler Raketenabwehrschirm aufgebaut wer-

9 John McCain: America must be a good role model, Financial Times 18.3.2008, unter: http://www.ft.com/cms/s/0/c7e219e2-f4ea-11dc-a21b-000077b07658.html?nckick_check=1 (Zugriff 19.3.2008) ist der erste Text nach seiner Nominierung, der sich direkt an die europäischen Staaten wendet.

den. Der Irak solle aus Gründen der inneren Entwicklung und regionalen Stabilität erst dann verlassen werden, wenn die mit dem Krieg verbundenen Ziele erfolgreich umgesetzt wurden.

Für *Rudolph Giuliani* stellt der ‚islamische Faschismus‘ die zentrale Herausforderung und die konfliktstrukturierende Auseinandersetzung der internationalen Ordnung dar. Dieser müssen die USA auf zwei Arten begegnen: erstens als Auseinandersetzung der Ideen und Normen mit dem Ziel einer universalen Durchsetzung der Demokratie, und zweitens als Stabilisierung der internationalen Ordnung durch die Kooperation mit den anderen Großmächten. Das schließt den Aufbau stabiler staatlicher Strukturen in Gebieten fragiler Staatsgebilde ein, die Etablierung einer zivil-militärischen Interventionsfähigkeit sowie präventive Maßnahmen in allen Bereichen der sicherheitspolitischen Herausforderungen. Konkret heißt dies: die amerikanischen Streitkräfte auszubauen, einen globalen Raketenschild zu errichten, die NATO mit Staaten aller Regionen zu erweitern, *Intelligence*-Fähigkeiten zu ergänzen und eine Art Eingreiftruppe bei drohendem Staatszerfall zu organisieren. Die Legitimität dieser Maßnahmen soll durch die Vorteile für andere Staaten und durch effektive *Public Diplomacy* erreicht werden. Auf diese Weise sollen amerikanische Werte erstrebenswert sein und die amerikanische Regierung in die Lage versetzt werden, sie international umzusetzen. Die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung zielt darauf, die herausgehobene Stellung der USA zu bewahren. Hierzu muss der Kampf gegen den Terrorismus weitergeführt werden, parallel sollen aber beispielsweise auch Gespräche mit dem Iran geführt werden.

Das Ziel des radikalen Islam sei es, so *Mitt Romney*, die eigenen Normen und die sie gewährleistende politische Ordnung global auszuweiten – ähnlich wie Nationalsozialismus und Kommunismus dies zuvor anstrebten. Dieser Bedrohung soll auf mehreren Wegen begegnet werden. Erstens durch eine mindestens zehnprozentige Erhöhung des Verteidigungshaushalts und eine Stärkung der Streitkräfte und zweitens durch eine unabhängige Energieversorgung in den nächsten zwanzig Jahren, die alle möglichen Energiegewinnungen und -einsparungen im eigenen Land nutzt. Diese Energie-Unabhängigkeit ist der Kern der künftigen amerikanischen Außenpolitik und unabdingbar, die militärische und wirtschaftliche Vormachtstellung aufrechtzuerhalten. Drittens soll der außenpolitische Apparat reformiert und effizienter werden. Viertens sollen bestehende Allianzen revitalisiert und neue aufgebaut werden. Unilaterales Vorgehen der USA lehnt Romney ab, vielmehr fordert er Führung durch die USA in allen Bereichen der internationalen Ordnung ein. Deshalb schlägt er eine internationale Konferenz vor, auf der eine Strategie gegen den radikalen Islam vereinbart werden soll – unter Einschluss der moderaten islamischen Staaten. Denn nur diese könnten am Ende die radikalen Kräfte besiegen. Hierzu sind Modernisierungsentwicklungen der islamischen Gesellschaften grundlegend. Die Führungsrolle der Vereinigten Staaten in diesem Prozess ist nicht ersetzbar – und dieser Prozess wiederum notwendig, um die militärische und ökonomische Vormacht der USA zu stabilisieren.

John Edwards bezeichnet den Irakkrieg als einen der schlimmsten strategischen Fehler in der amerikanischen Geschichte. Mit der Reversion des amerikanischen Engagements möchte er einen Prozess einleiten, die Welt wieder hinter der Führungs-

macht USA zu vereinen. Dabei sind auch in seiner Konzeption nach dem baldigen Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak genügend Streitkräfte in der Region des Mittleren Ostens zu stationieren, um regionale Instabilität, ethnisch-religiöse Konflikte und die Ausbreitung des Terrorismus zu bekämpfen. Flankiert werden sollen diese Prozesse durch das Engagement der europäischen Staaten im Irak und internationale diplomatische Initiativen.

Nach dem Abzug der Truppen hätten die USA wieder die Handlungskapazität, um die dringenden internationalen Probleme anzugehen. Hierzu gehören insbesondere humanitäre Interventionen (Darfur) und der Aufbau einer Zivilorganisation gegen Staatszerfall (Marshall Corps). Weitere Herausforderungen sind die Nonproliferationspolitik und der internationale Terrorismus. Zudem müssen die Beziehungen zu anderen Staaten nach den falschen Weichenstellungen der Bush-Administration neu begründet werden: freundschaftliche Beziehungen zu Europa, Japan und Indien; interessengeleitet kooperative Beziehungen zur internationalen Einbindung Chinas; eine Mischung aus kooperativen und erzwingenden Elementen zur Beeinflussung Russlands; und schließlich die auf Anreizen zum Regimewechsel gründenden Beziehungen zum Iran. Mit diesem Staat strebt Edwards Gespräche an, wobei sich die USA alle Handlungsmöglichkeiten offenhalten.

Das Militär, die Dienste¹⁰ und die zivilen Schutzkräfte sollen personell aufgestockt und adäquater ausgerüstet werden. Sie sind – *soft* und *hard power* kombinierend – in einer Strategie der *smart power* einzusetzen, um die Sicherheit der USA ebenso zu garantieren wie den machtpolitischen Abstand zu anderen Großmächten aufrechtzuerhalten. Entscheidend in der Kombination der zu ergreifenden Maßnahmen ist, dass die ideelle und politisch-konkrete Führungsrolle der USA von den anderen Staaten wieder anerkannt wird.

So unterschiedlich die Kandidaten in ihrem Profil sind, so ähnlich sind ihre außen- und sicherheitspolitischen Positionen. Sie unterscheiden sich alle in wichtigen Punkten von der Außenpolitik George W. Bushs und stimmen alle in dem Punkt überein, dass die USA auf unilaterale Handlungsoptionen weitgehend verzichten sollen, um die amerikanische Hegemonie wieder herzustellen. Das ist angesichts der Tatsache, dass Hegemonie durch die Gefolgschaftsstaaten definiert wird, der Versuch der Führungsmacht, Hegemonie zu provozieren. Dies geschieht, indem diesen Staaten Vorteile, insbesondere Partizipation, offeriert werden. Diesen Vorteilen stehen Kosten in Form von Engagement gegenüber.

Zwar hat Maureen Dowd recht, wenn sie als Erfahrung aus vielen Wahlkämpfen den Schluss zieht, „when it comes to predicting how presidents will perform, nobody knows anything“¹¹, und deshalb sollte man sich davor hüten, aus den Ankündigungen aus dem Wahlkampf direkt auf die zu erwartende Politik zu schließen. Aber darum geht es hier gar nicht. Sondern es geht darum, anhand der Positionen der unterschiedlichen

10 Vgl. auch Amy B. Zegart: *Spying Bling. The CIA, the FBI, and the Origins of 9/11*, Princeton and Oxford, Princeton UP, 2007, S. 145.

11 Maureen Dowd: *Captive to History's Caprice*, in: *The New York Times*, 17.2.2008, <http://www.nytimes.com/2008/02/17/opinion/17dowd.html?em&ex=1203483600&en=9b3cb54e48c1210a&ei=5087%0A> (Zugriff am 17.2.2008).

Bewerber den außenpolitischen Konsens der politischen Klasse der USA zu erkennen. Der kann sich, gerade auch unter Einwirkung äußerer Umstände, drastisch ändern. Doch verlangt die politische Planung in Deutschland,¹² einen Fixpunkt zu erkennen, der über den nicht abzusehenden jeweils aktuellen Handlungsweisen liegt und der die wichtigsten Themen eines neuen außenpolitischen Konsenses, der sich nach der Ära Bush neu ausbilden muss, umfasst. Dieser zeigt sich in der Schnittmenge der außenpolitischen Positionen, weil diese erstens mit Blick auf die Öffentlichkeit, die eigene Partei und die politische Klasse, also innere Restriktionen antizipierend, formuliert wurden, sowie zweitens hinsichtlich der Stellung der USA in den internationalen Beziehungen Aussagen treffen, also die erwarteten äußeren Restriktionen reflektieren.

4. Außenpolitik nach Bush

Ohne Zweifel wird die außenpolitische Agenda des 44. Präsidenten der USA wesentlich durch das Erbe von Präsident George W. Bush beeinflusst bleiben: zwei Kriege in Afghanistan und Irak; prekäre regional- und nuklearpolitische Beziehungen zu Iran und Nordkorea; alles andere als erwartungssichere Beziehungen zu den Staaten in Europa, China, Russland und Indien, wenn auch in sehr unterschiedlicher Ausgestaltung; enorme Anforderungen an die Transformation des Militärs und parallel an die zivil-militärischen Akteure und deren bürokratische Steuerung sowie energie- und umweltpolitische Herausforderungen.

Aus vielen, besonders auch innenpolitischen Gründen wird der nächste Präsident jedoch auch eigene Akzente setzen und diese bewegen sich, wie die vorstehende Darlegung verdeutlicht hat, wahrscheinlich großenteils in eine abzusehende Richtung. Im Raum amerikanischer Außenpolitik,¹³ werden sie ein wenig multilateral und ein wenig realistischer sein.

Dabei steht, mit unterschiedlichen Vorhaben begründet, im Vordergrund, eine hegemoniale Stellung der USA provozieren zu wollen: durch institutionelle Initiativen, die Aufnahme für Europa wichtiger Themen auf die internationale Agenda, die Stärkung der ordnungspolitisch grundlegenden Ressourcen sowie eine zielgerichtete *Public Diplomacy*. Es gibt zwischen den Kandidaten weitgehende grundsätzliche Übereinstimmung hinsichtlich der Bereitschaft, Streitkräfte, Dienste und zivile Kräfte für den internationalen Einsatz aufzubauen und zu stärken. Die Machtbasis der amerikanischen Vormachtstellung soll ordnungspolitisch erweitert werden, nicht zuletzt mit Blick auf die regionalpolitischen Auseinandersetzungen im Mittleren Osten und die Beziehungen zu Russland und China.

Dabei kommt dem Ziel der Energieunabhängigkeit ein überparteiliches Gewicht zu und diesem sollte, ebenso wie der Betonung der weiteren Stärkung von Streitkräften und den Organen

der klandestinen Sicherheitspolitik, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Über allem aber steht das Ziel, die amerikanische Hegemonie herzustellen. Immer wieder werden in den Diskussionen die Pew-Umfragen zitiert, die messen, wie sehr das Image der USA insbesondere in islamischen Staaten gesunken ist. Dass das „internationale politische Vertrauen“ in die USA wieder hergestellt werden soll, womit die Erwartungssicherheit der anderen Staaten gemeint ist, in einer Allianz mit den USA die anzustrebenden Zwecke, Ziele und Themen asymmetrisch partizipierend klären und definieren zu können, ist breiter Konsens. Hierzu muss die Marke USA wieder das Image erhalten, das sie in den letzten fünfzig Jahren ausgezeichnet hat. Das ist mit einer Perzeptionssteuerung alleine nicht zu bewerkstelligen,¹⁴ sondern bedarf politischer Initiativen, die eine Neugestaltung der internationalen Ordnung anvisieren. Hierdurch soll Unterstützung der potenziellen Gefolgschaftsstaaten, wozu Deutschland zweifelsfrei gehört, provoziert werden.

5. Die Folgen für die deutsche Außenpolitik

Norman Podhoretz hat mit seiner Interpretation des Kampfes gegen den Terrorismus als Vierter Weltkrieg¹⁵ versucht, die unter Präsident George W. Bush begonnene Politik auf ein festes Fundament der Auslegung internationaler Entwicklungen und der amerikanischen Rolle in ihnen zu stellen. Dieser Interpretation folgen die Nachfolger Bushs nicht. Sie sehen zwar auch alle im Kampf gegen den Terrorismus eine wesentliche Herausforderung für die amerikanische Gesellschaft, aber nicht die alles überragende; vielmehr werden Staatszerfall, die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, die Beziehungen zu anderen Großmächten, die Klimapolitik und Energieunabhängigkeit als ebenso wichtige Aufgaben betrachtet. Auf all diesen Gebieten soll die politische Führung der USA rekonstruiert werden. Dieses Ziel korrespondiert auch mit der Bewertung der internationalen Stellung der USA in der amerikanischen Öffentlichkeit.¹⁶ Das bedeutet einerseits, dass sich die Chance eröffnen könnte, dass die deutsche Außenpolitik in Washington mehr Gehör findet und Themen benennen und Positionen beeinflussen kann. Im besten Fall gelingt es dann, über die USA Einfluss auf die Entwicklung der internationalen oder jeweils regionalen Ordnung zu nehmen. Die Kehrseite der Medaille ist, dass die Führung anerkannt wird, was dazu führt, dass Ressourcen bereitgestellt werden müssen. Hegemonie provoziert Hilfstruppen.

Das bedeutet, dass sich die deutsche Außenpolitik jetzt mit den möglichen Themen beschäftigen sollte, die in Washington in den nächsten Monaten gesteigerte Aufmerksamkeit erfahren werden. Eigene Positionen über vielfältige politische Kanäle jetzt in den Abstimmungsprozess einzuspeisen, scheint in einer Weise möglich, wie schon Jahre nicht mehr. Die deutsche Diplomatie sollte diese Zeit nutzen, bevor der Meinungsbil-

12 Thomas Jäger: Politische Planung in einem turbulenten internationalen System, in: Volker Kronenberg/Jana Puglierin/Patrick Keller (Hrsg.): Außenpolitik und Staatsräson, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2008, S.40-46.

13 Thomas Jäger: Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien, in: Thomas Jäger/Alexander Höse/Kai Oppermann (Hrsg.): Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA. Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2005, S.20.

14 Simon Anholt/Jeremy Hildreth: Aufstieg und Fall der Marke USA. Amerikas Image zwischen Absicht und Wahrnehmung, Heidelberg, Redline Wirtschaft 2005.

15 Norman Podhoretz: World War IV. The long Struggle against Islamofascism, New York, The Doubleday Broadway Publishing Group, 2007.

16 Lydia Saad: Discontent With U.S. Global Position Hits Record High, unter: <http://www.gallup.com/poll/104782/Discontent-US-Global-Position-Hits-Record-High.aspx> (Zugriff 23.3.2008).

dungsprozess in der Frühphase der neuen Administration zum Abschluss kommt.

Über *Public Diplomacy*, die in Deutschland noch ausbaufähig ist, sollte weiterhin parallel Einfluss auf die amerikanische Gesellschaft gesucht werden, um zumindest den Druck der amerikanischen Führung, der im Zuge einer gelingenden Wiederherstellung hegemonialer Beziehungen entstehen kann, nicht nur traditionell diplomatisch, sondern auch öffentlich parieren zu können.

Insbesondere die konkrete Ausgestaltung des Kampfs gegen den Terrorismus und der damit verbundenen regionalpolitischen Fragen, womit die beiden Kriege in Afghanistan und Irak fokussiert werden, die aus Ressourcengründen geradezu in ein Konkurrenzverhältnis treten,¹⁷ werden hier zu behandeln sein. Thematisch könnten darüber hinaus die Suche nach energiepolitischer Autarkie zu grundlegenden Abstimmungen im transatlantischen Verhältnis führen.

Auch wenn nicht abschließend abzusehen ist, auf welchen Gebieten und in welcher Weise die neue amerikanische Außenpolitik auf die deutsche Politik einwirken wird, so scheint sich

17 Michael Hirsh: Proxy War. The spat between John McCain and Barack Obama over Iraq reflects tensions within the military itself, in: *Newsweek*, 28.2.2008, <http://www.newsweek.com/id/116815/output/print> (Zugriff 28.2.2008).

doch deutlich abzuzeichnen, dass die amerikanische Führung eine Wiederherstellung hegemonialer Beziehungen provozieren will. Dies betrifft die Grundlagen deutscher Außenpolitik, insbesondere auch die Beziehungen zu anderen Großmächten, und kann die deutsche Regierung vor unbequeme, weil Prioritäten setzende Entscheidungen stellen, etwa wenn unter Präsident McCain russlandpolitische Fragen zu entscheiden sind oder unter einer Präsidentschaft Obamas oder Clintons Forderungen nach mehr deutschen Kampfverbänden im Süden Afghanistans erhoben werden. Diese Veränderung wird in Deutschland schon wahrgenommen. „Bislang konnten Europäer Forderungen der Bush-Regierung nach mehr Mitarbeit im Terrorkampf, in Iran, Irak oder Afghanistan auch mit Verweis auf den unbeliebten Präsidenten abschmettern. Doch ein neuer Chef im Weißen Haus würde solche Forderungen mit neuer Glaubwürdigkeit vortragen – die etwa deutsche Politiker gerade im Wahljahr kaum erfüllen könnten. Die Berater sagen: ‚Wir müssen dafür auch an eine Art Neinsag-Strategie denken‘.“¹⁸ Die Frage ist, ob eine solche Strategie erfolgreich sein kann und wenn ja, zu welchem Preis.

18 Gregor Peter Schmitz: Sprich bloß nicht vom Irak!, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,541836,00.html> (Zugriff 18.3.2008).

Amerikanische Außenpolitik: Mehr Kontinuität als Diskontinuität in der strategischen Grundorientierung

Peter Rudolf*

Abstract: The article argues that US foreign policy will continue to be conceived of in terms of a broad hegemonic role. The Bush administration's hegemonic strategic paradigm is too deeply rooted in ideological features of the US foreign policy tradition to simply wither away with a new administration. Current foreign policy discourse very much revolves around two versions of a hegemonic grand strategy which share a global view of US interests and a common perception of threats and are wedded to maintaining US primacy and leadership. They mainly differ in the importance attached to international legitimacy and to the role of international institutions in US foreign policy.

Keywords: Außenpolitische Grundorientierung, strategische Kontinuität, außenpolitische Ideologie, US grand strategy

Kontinuität ist in der amerikanischen Außenpolitik nach einem Wechsel im Weißen Haus eher zu erwarten als grundlegender Wandel. Oft verheißen neu ins Amt gekommene Präsidenten den Wandel; doch institutionalisierte Ideologien, bürokratische Routine und festgefügte gesellschaftliche Interessen und Koalitionen wirken dem entgegen.¹ Sicher,

in der Regel wird nach einem Machtwechsel die Außenpolitik in vielen Feldern einer kritischen Überprüfung unterzogen, oft jedoch mit dem Ergebnis, dass eine neue Administration mit einiger Verzögerung dann doch die alte Linie im Wesentlichen fortführt. Kommt es zu einem strategischen Wandel, dann kann dieser durchaus anders aussehen als im Wahlkampf versprochen. So stellte George W. Bush im Wahlkampf des Jahres 2000 eine zurückhaltende, an engen realpolitischen Interessen orientierte Außenpolitik in Aussicht – um dann in der Folge der Anschläge des 11. September 2001 eine interventionistische, von liberaler Rhetorik überschäumende Strategie einzuschla-

* Dr. phil., Forschungsgruppenleiter des Projekts „Transatlantic Foreign Policy Discourse“ an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

1 Siehe Joe D. Hagan/Jerel A. Rosati, „Emerging Issues in Research on Foreign Policy Restructuring“, in: Jerel A. Rosati/Joe D. Hagan/Martin W. Sampson III (Hrsg.), *Foreign Policy Restructuring: How Governments Respond to Global Change*, Columbia: University of South Carolina Press 1994, S. 265-279.